

# Kohlendioxid-Endlager: Altmärker kontra Bundesebene

Von Holger Thiel

**Salzwedel.** Das Verpressen von Kohlendioxid in die altmärkische Erdgaslagerstätte ist politisch tot, weil nicht gewollt. Das zumindest war der Grundtenor des Wahlforums, das die Bürgerinitiative (BI) „Kein CO<sub>2</sub>-Endlager Altmark“ am Freitagabend im Salzwedeler Hanseat veranstaltete. Die Direktkandidaten Ursula Binde (SPD), Hans-Jörg Krause (Linke), Lutz Franke (FDP), der Klötzer Landtagsabgeordnete Uwe Harms (CDU) stellvertretend für Jürgen Stadelmann, Dorothea Frederking (Grüne) stellvertretend für Christian Franke, und Landesgeschäftsführer Hartmut Wiest (Freie Wähler) für Holger Hartmann bezogen anhand der Wahlprüfsteine der BI Stellung. Durchaus mit Nuancen. Und es zeigte sich, dass es erhebliche Unterschiede zwischen der Bundespolitik einzelner Parteien und den hiesigen Politikern gibt.

## „Klimaprobleme nicht unter die Erde verlagern“

„Wir können die Klimaprobleme nicht unter die Erde verlagern“, betonte Lutz Franke. Sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich sei die CCS-Technologie, also das Abscheiden und unterirdische Lagern von Kohlendioxid, zweifelhaft, erklärte Franke. Zudem könne es eine Verpressung von CO<sub>2</sub> in der Altmark nicht ohne Akzep-

tanz der Bevölkerung geben.

Auch Hans-Jörg Krause sprach sich gegen CCS aus. Für ihn werde mit der CCS-Forschung Geld in den Sand gesetzt. Allerdings: In Brandenburg setzt die rot-rote Landesregierung genau auf diese Forschung, wie Franke während der Diskussion feststellte. Krause indes verwies darauf, dass die Linke den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen in Sachsen-Anhalt ablehnt.

## „Keine Forschung, sondern ein riesiger Feldversuch“

Eine Position, die auch Dorothea Frederking vertritt. Sie forderte einen „Wendepunkt in der Klimapolitik“. Der Energieverbrauch müsse gesenkt und erneuerbare Energien ausgebaut werden, erklärte die energiepolitische Sprecherin des Landesverbandes. Für sie ist die jetzt bundespolitisch angestrebte Verpressung von jährlich bis zu acht Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Dienste der Wissenschaft keine Forschung mehr, sondern ein „fahrlässiger riesiger Feldversuch“. Frederking räumte ehrlich ein, dass das eine Haltung der Grünen in Sachsen-Anhalt ist. Auf Bundesebene werde hingegen ein CCS-Forschungsgesetz begrüßt.

„Die Freien Wähler lehnen CCS ab, so wie alle heute hier“, erklärte Hartmut Wiest. Mit CCS werden die Probleme nur in die Zukunft verlagert“, schätzte er ein. Eine weitere

Globalisierung des Handels würde nur den Energiebedarf steigen lassen. Die Alternative seien regionale Wirtschaftskreisläufe, so Wiest. Für ihn sind die erneuerbaren Energien eine Zukunftsindustrie.

Für den Ausbau der erneuerbaren Energie sprach sich auch Ursula Binde aus. „Die SPD ist gegen das CCS-Gesetz. Es ist nicht das Papier wert, auf dem es steht“, erklärte sie. Nur ist da ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel ganz anderer Meinung. Als Bundesumweltminister hatte er 2009 ein erstes CCS-Gesetz in den Bundestag gebracht. Das scheiterte damals am Widerstand von Schleswig-Holstein. Ursula Binde sprach sich am Freitag für ein CCS-Unterlassungsgesetz aus, wie es die BI bereits formuliert hat (die Volksstimme berichtete). Danach würde es bundesweit keine CO<sub>2</sub>-Speicherung geben.

## „Sachsen-Anhalt hat kein Interesse, die Bürde zu schultern“

Aus Sicht von Uwe Harms habe Sachsen-Anhalt kein Interesse die „schwere Bürde“ CCS zu schultern. Im gleichen Atemzug verwies er aber auch darauf, dass Sachsen-Anhalt Braunkohleland ist. Als Einziger in der Runde gab er kein klares Nein auf die Frage von Moderator Roger Amelung, ob die jeweilige Partei vor und nach der Landtagswahl am 20. März kein CCS in der Altmark zulassen werde.



Das Podium der Diskussionsrunde im Salzwedeler Hanseat (von links): Lutz Franke (FDP), Ursula Binde (SPD), Uwe Harms (CDU), Moderator Roger Amelung von der BI, der von Andreas Leitl von Offenen Kanal Salzwedel „verkabelt“ wird, Hans-Jörg Krause (Die Linke), Dorothea Frederking (Bündnis 90/Grüne) und Hartmut Wiest, Landesgeschäftsführer der Freien Wähler Sachsen-Anhalts. Foto: Holger Thiel